

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden
Verlagsredaktion: Dresden
Kunstreue-Verlagsnummer: 28841
Kunstreue-Verlagsnummer: 28841
Kunstreue-Verlagsnummer: 28841

Abonnement: Bei regelmäßiger Bestellung monatlich 2.40 RM. (einmalig 24 RM. für
Ersteinsendung), bei 6 Monaten 12 RM., einjährig 24 RM. (einmalig 240 RM. für
Ersteinsendung). Die Zusendung wird nach dem Postamt berechnet. Die Zusendung wird nach dem Postamt berechnet.
Abonnement: Bei regelmäßiger Bestellung monatlich 2.40 RM. (einmalig 24 RM. für
Ersteinsendung), bei 6 Monaten 12 RM., einjährig 24 RM. (einmalig 240 RM. für
Ersteinsendung). Die Zusendung wird nach dem Postamt berechnet. Die Zusendung wird nach dem Postamt berechnet.

Druck u. Verlag: Herbig & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1088
Nachdruck aus dem deutl. Quellenangebot
(Dresden, Red.) zulässig. Unverlangte
Schriften werden nicht aufbewahrt

Am die Gestaltung des neuen Reichstags

Geheimrat Dr. Eugenberg spricht in Dresden

Am Sonnabend veranstaltete die Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Dresden, im Vereinshaus, Ringendorfsstraße, eine große Wahlkundgebung, die dadurch ihr besonderes Gepräge erhielt, daß in ihr der Führer der Partei, Eugenberg, in andertthalbhündiger Rede über den Sinn dieses Wahlkampfes sprach. Der Andrang war ungeheuer. Schon lange vor Beginn war die Versammlung überfüllt. Das letzte Plätzchen auf der Galerie war besetzt. Tausende forderten vergeblich Einlass. Die Versammlung mußte polizeilich gesperrt werden. Mit den feierlichen Klängen des Niederländischen Dankgebets wurde die Versammlung eröffnet. Dann ergriff der Führer des Landesverbandes Ostschlesien der Deutschnationalen Volkspartei,

v. Lüftichau,

das Wort zur Begrüßungsansprache. Unter dem Beifall der Versammlung wies er darauf hin, daß die Deutschnationale Volkspartei in Eugenberg, den zielstarken und willensstarken Führer besitze, der unbeirrt durch Anfeindungen, an der Spitze des nationalen Deutschlands stehend, den Wahlkampf führe mit der Parole „Macht mir den rechten Flügel stark“.

Unter lebhaftem Begrüßungsbeifall der Versammlung nahm sodann

Dr. Eugenberg

das Wort. Der Parteiführer hat einmal an einem anderen Orte gesagt, er sei kein Redner, sondern ein Mensch, dem sich die Sorge um die Zukunft seines Volkes in Worte preßt. Allerdings, Eugenberg spricht nicht mit pathetischer Beredsamkeit, sondern schlicht, einfach, klar und mit einer frappanten, zwingenden Logik. Sein Ton ist von einer menschlichen Wärme, die sofort für ihn eintritt.

Er geht aus von den ungeklärten Verhältnissen in Sachsen. Scharf stellt er fest, die parlamentarische Lage sei so verworren, daß die Regierung bis auf weiteres nur durch ein geschäftsführendes Ministerium wahrgenommen werde. Das sei wohl das neueste System, das der Parlamentarismus herangebildet habe.

Man dürfe sich nicht wundern, daß die Sozialdemokratie so stark sei, wenn der nationale Teil ein Bild der Verzerrung und der Zerrissenheit bilde.

Inbesondere habe der mittelparteiliche Ringel überhaupt nichts Imponierendes. Bald gruppierte er sich so, bald sammelte man sich anders. Dann erlasse man einen gemeinsamen Wahlauftrag, dann widerrufen man ihn wieder. Hinter ein solches Sammelsurium werde sich nicht die Jugend und auch nicht die Massen des Volkes stellen. Denn wer nicht die Jugend gewinne, werde auch nicht die Massen gewinnen. Um den tieferen Sinn dieser Entwicklung darzutun, legte Eugenberg sodann seine 21 Thesen über die Logik des Wahlkampfes dar:

1. Die Hauptgegner sind seit langem die marxistischen Parteien. Ihr Anschwellen wird durch die bürgerliche Schwäche verschuldet.
2. Wirtschaft, Finanzen, Religion und Kultur, Staat und Volk sind im heutigen Deutschland vom Unterraum bedroht. Das auszuprechen nennen gewisse Leute Katastrophopolitik.
3. Eine Mehrheit im Volke sieht das auch ein. Die Sozialdemokratie hat in Deutschland nie eine Mehrheit gehabt.
4. Trotzdem geschieht nichts Wirkliches zur Rettung.
5. In den Zeiten der Inflation hatten sogar die breitesten Schichten der sozialistischen Minderheit die Unmöglichkeit einer marxistischen Politik eingeschaut.
6. Die Entschluß- und Kraftlosigkeit der nichtmarxistischen Mehrheit hatten zur Folge, daß aus dieser Lage nicht die Folgerungen gezogen wurden. Es wurde vielmehr durch eine unvollkommene Sanierung und die Annahme des Dawesplanes der Grund zu der neuen schweren Krise gelegt, vor deren schlimmsten Auswirkungen Deutschland heute steht.
7. Die Hauptschuld an dieser Entwicklung trägt neben der Sozialdemokratie das Zentrum, das sich kränkt, die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie aufzugeben.
8. Sein Beweggrund liegt in der Preußenkoalition, in der sich das Zentrum wohlfühlt. Indem es im Reich bald mit links, bald mit rechts regiert, nimmt es eine Schlüsselstellung ein, ohne einen grundsätzlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen.
9. Dabur macht es eine Bekämpfung der vorhandenen Gefahr des Einflusses der Sozialdemokratie unmöglich.
10. Mit dieser Haltung steht das Zentrum immer neue Kreise der nichtsozialistischen Welt an und verzerrt sie, von der Deutschen Volkspartei bis zu den von den Deutschnationalen kommenden Splittlern gewesener Parlamentarier.
11. Mit dieser Politik verhindert das Zentrum die deutsche Gesundung.
12. Seine Mitläufer beteiligen sich an dieser Schuld.
13. Das Kabinett Brüning stellt geschichtlich einen neuen Versuch des Zentrums dar, ohne Lösung des Bündnisses mit der preussischen Sozialdemokratie seine Schlüsselstellung im Reich zu erhalten.
14. Das Kabinett Brüning bedeutet den Versuch der Entlastung der Sozialdemokratie von der Verantwortung in dem Augenblick, in dem diese Verantwortung für sie unter der Wirkung des Dawes- und Youngplanes und der inneren Wirtschaft wieder ebenso unerträglich wurde, wie in der Zeit der Inflation. Das Kabinett Brüning versucht die Sozial-

demokratie damit vor dem verdienten Schicksal des Zusammenbruchs zu bewahren.

15. Seine landwirtschaftlichen Maßregeln sind wirkungslos. Seine Finanzmaßnahmen marxistisch. Seine sonstigen Maßnahmen kommen über Worte nicht hinaus.

16. Das ist alles zwangsläufig, weil ohne Abkehr von der Sozialdemokratie in Reich und Preußen weder eine wirksame und vernünftige Wirtschaft, noch Finanz-, noch Kultur-, noch auswärtige Politik getrieben werden kann.

17. Das Zentrum kann diese Abkehr durch seinen bloßen Entschluß ohne Neuwahlen herbeiführen, da es im jetzigen Preussischen Landtage durch einen bloßen Frontwechsel eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Mehrheit bilden kann.

18. Die Ablehnung dieser Abkehr beweist die Tatsache, daß eine Fortführung des Systems der Schaukelpolitik unabsehbar ist.

19. Die Reichstagsauflösung hat die Spielart erschlagen. Im neuen Reichstage wird für das Zentrum die klare Frage der Option für die Sozialdemokratie oder für rechts gestellt sein.

20. Die Option für die Sozialdemokratie würde vernünftige rettende Maßnahmen unmöglich machen. Zentrum und Sozialdemokratie würden unter dieser Unmöglichkeit gemeinsam sehr bald zusammenbrechen.

21. Die notwendige Option für rechts und damit das Ende der Herrschaft der Sozialdemokratie in Deutschland wird dem Zentrum um so mehr erleichtert werden, je schwächer es selbst und je schwächer die hin und her schwankenden zerfalleneren Mittelparteien aus diesem Wahlkampfe heimkehren.

Eugenberg fuhr nach der Erläuterung seiner 21 Thesen fort, die Deutschnationale Volkspartei lasse sich von niemandem, auch nicht von den Nationalsozialisten, übertreffen an Energie und nationalem Willen.

Es werde von der Stärke der Deutschnationalen abhängen, ob in den nächsten Monaten eine klare, folgerichtige Politik getrieben werden könne, oder ob wir erst noch einmal durch neue Wahlen und durch neue Krisen hindurch müßten.

Im vorigen Jahr habe die Partei einen Denkstein aufgerichtet, an dem niemand vorbeigehen könne: Volks-

begehren und Volkseinstimmigkeit. Heute liege klar, daß nicht rufstülmige Minister, mit dem Versprechen der Steuerentlastung die Wahrheit gesprochen hätten, sondern diejenigen, die das Volksbegehren befürworteten. Vergebens versuche sich die Regierung mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise herauszureden. Das Sterben der Wirtschaft greife auf alle Kreise über. Die Steuernotverordnungen hätten die Deutschnationalen abgelehnt, weil eine Steuerpolitik auf diesem Wege überhaupt nicht mehr zu machen sei. Wir müßten einsehen, daß nichts anderes mehr helfen könne als Sparhaftigkeit, als der Grundgedanke, daß sich Ausgaben nach den Einnahmen zu richten hätten und nicht umgekehrt. Um dem Volk die Entscheidung zu geben, deshalb hätten die Deutschnationalen die Auflösung des Reichstags herbeigeführt. Dafür übernehme die Partei gerne die Verantwortung, nicht aber für eine schlechte Politik. Die Politik des kleineren Übels habe uns immer tiefer ins Elend und in die Abhängigkeit von der Sozialdemokratie geführt.

Die Deutschnationalen ständen im schroffen Gegensatz zu der neudeutschen Honoraristenpolitik der Parlamentarier.

Deutschnationale Abgeordnete, die geglaubt hätten, auf diesem Boden liege ihre Zukunft, schlossen sich selbst aus der Partei aus. Ohne sie werde die Partei sehr viel stärker sein. Eugenberg schloß mit den Worten: „Jagen Sie die schlechten Geschäftsführer des Deutschen Reiches davon und wählen Sie neue, bessere.“

Eine Sekunde herrschte Schweigen, dann brach ein begeistertes Beifallssturm los, der immer und immer wieder zu neuer Stärke anschwoll.

Dann sprach der Führer der Dresdner Deutschnationalen,

Schriftsteller Gurahj,

das Schlusswort. Bismarck sei gegen den Haß eines widerspenstigen Parlaments durch die Treue seines Königs gestützt worden. Der Führer der deutschen Befreiungsbewegung, Eugenberg, werde gegen seine Verleumder und Feinde gestützt von der liebenden Verehrung einer großen, geklärten und geschlossenen Partei. Mitglied der Partei zu sein, bedeute heute ein lebendiger Streiter gegen das herrschende System zu sein.

Stehend sang die Menge das Deutschlandlied. Tausende von Schwürmern erhoben sich zum Gedächtnis bei der letzten, vierten Strophe: „Deutschland, Deutschland über alles und im Unglück nun erst recht.“

„Für die Erhaltung des deutschen Bürgertums“

Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei - Der Wahlauftrag

Berlin, 24. Aug. In der am Sonntag im Reichstag abgehaltenen Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, die den Wahlauftrag der Partei zu beschließen hatte, hob der Parteiführer Scholz nach einem Überblick über die Sammlungsverhandlungen die Fragen hervor, um die es in diesem Wahlkampf gehe. Die Entwicklung habe immer wieder gezeigt, daß die Sozialdemokratie, die seit zwei Jahren die Reichspolitik wesentlich beeinflusst habe und auch im größten Bundesstaat Preußen führend in der Regierung stehe, unfähig sei zu positiver Aufbauarbeit.

Die Sozialdemokratie stelle sich bewußt oder unbewußt gegen die Grundlagen der von ihr selbst geschaffenen Weimarer Verfassung, deren Grundgedanke die Privatwirtschaft sei.

Die im Frühjahr gebildete rein bürgerliche Regierung Brüning sei daher eine ausgesprochene Kampfgeregung, nicht gerade gegen die Sozialdemokratie, wohl aber gegen die sozialistischen Ideen gewiesen. Die Deutsche Volkspartei müsse den Kern der Mitte bilden. Im kommenden Reichstag müsse sich der Gedanke der Sammlung durchsetzen, sonst stehe man am Grabe des deutschen Bürgertums, der deutschen Intelligenz und der deutschen Privatwirtschaft. In diesem Wahlkampf müsse sich die Spitze gegen die radikalen Elemente auf der äußersten Linken und Rechten, dann aber auch gegen die sozialistischen Ideen richten. Dr. Scholz betonte weiter die Notwendigkeit einer Reichs-, Verwaltungs- und Finanzreform.

Ersichtlichweise habe der jetzige Reichskanzler Dr. Brüning unter Preisgabe Erbsenperscher Theorien die Notwendigkeit einer Scheidung der finanziellen Verantwortlichkeit von Reich, Ländern und Gemeinden vertreten.

Durch den Youngplan und seine Auswirkungen seien unsere außenpolitischen Aufgaben nicht etwa erledigt, sondern vielmehr begannen sie erst. Die DVP sei eine Kulturpartei. Dem deutschen Volke drohe von den andrängenden Kräften des Bolschewismus eine große kulturelle Gefahr. Die DVP müsse sich daher schützend vor die kulturelle deutsche Kultur und das Familienleben stellen. Man müsse zeigen, daß das bisher Erreichte nicht genüge, daß vielmehr ganz große Reformen erforderlich seien. Mit dem Leitsatz:

„Mit Hindenburg für den deutschen Staat“, stehe die DVP in den Wahlkampf für die Erhaltung des deutschen Bürgertums.

An die Rede des Parteiführers schloß sich eine rege Aussprache über den Entwurf des Wahlauftrages der DVP an, in der auch Reichsaussenminister Dr. Curtius das Wort nahm. Der Parteivorstand der DVP beschloß sodann den Wahlauftrag der Partei, der zum Ausdruck bringt, daß der Sinn der Wahl sei, für die bürgerliche Regierung eine Mehrheit zu schaffen, mit der sie ihre Aufgaben lösen könne. Der Wille der Volkspartei zum Zusammenschluß bleibe bestehen und müsse zum Erfolg führen.

Die nächste Aufgabe sei die Fortsetzung der nationalen Befreiungspolitik Stresemanns,

Revision der Friedens- und Tributverträge, Kampf gegen die Kriegsschuldfrage, Wiedergewinnung der völligen Gleichberechtigung Deutschlands, Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich, Vereinigung der Aargauern, Schutz der deutschen Minderheiten, Wiedererlangung kolonialer Betätigung, Ausbau der Osthilfe, Erhaltung und Stärkung des Wehrgebankens, Reichs-, Verfassungs-, Parlaments-, Wahl- und Finanzreform, Schutz des deutschen Familienlebens und Verteidigung unserer christlichen Kultur gegen die vordringenden Mächte des Bolschewismus.

Die Reichsliste der DVP soll am Montag veröffentlicht werden. Wie wir erfahren, sind die ersten Namen dieser Liste: 1. Dr. Scholz, 2. Dr. Maß, 3. Generaloberst v. Seckert, 4. Geheimrat Kahl, 5. Morath, 6. Bankdirektor v. Stauß. Auch Frank W. Gabel vom DVP ist als Vertreter der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler an absolut sicherer Stelle aufgestellt worden.

Reichsminister Schiele sprach in Magdeburg

Magdeburg, 24. August. Der Reichsminister Dr. h. u. Schiele sprach heute als Spitzenanbiter der Landvolksliste in Magdeburg zu seinen Wählern. Um das deutsche Landvolk, so führte er u. a. aus, geschlossen auf dem Weg der Rettung durch aktive, verantwortungsbewusste Mitarbeit führen zu können, haben wir schweren Herzens die Trennung von der Deutschnationalen Volkspartei vollzogen. Dem Waise, aus dem heraus in Deutschlands schwersten Tagen die Deutschnationale Partei gegründet wurde, bleiben wir treu. Unsere Aufgabe ist es, der Gegenwart, so lebensfremd sie uns auch manchmal scheinen mag, unsere Kraft zu leihen und sie zu erheben über den dürftigen Standpunkt einer atomisierenden mechanischen Weltanschauung.